



Themen in dieser Ausgabe:

- Großherzog von Luxemburg verliert Rechte
- Königin Margrethe II. wurde 75
- Thronfolgeregelung im Sultanat Oman
- Republik der Gleichmacher

Jahr 10, Ausgabe 6

26.04.15

Bezieher: 647

Großherzog von Luxemburg verliert Rechte

Anders als die Deutschen erhielten die Luxemburger 1919 das Recht, über ihre Staatsform abzustimmen. Wie im Nachbarland, so hatten auch im Großherzogtum Luxemburg sozialistische und liberale Politiker am 9. Januar 1919 die Republik ausgerufen (nachdem ihre Initiative im Parlament gescheitert war). In einer Volksabstimmung erklärten am 28. September 1919 77,8% der Luxemburger, daß sie ihre Monarchie nicht verlieren wollten. Seither hat sich die monarchische Staatsform sehr zum Wohl des kleinen Landes ausgewirkt. Gelegentlich fordern Politiker aus Kleinstparteien eine Republik, doch dienen solche Vorstöße wohl nur dazu, daß diese Randfiguren des politischen Lebens nicht ganz vergessen werden. Wie in anderen Monarchien auch sind die republikanischen Luxemburger am lautesten und beleidigendsten im Internet, wo sie im Schutz der Anonymität ihre plumpen Angriffe gegen das Herrscherhaus führen können.

Am 7. Juni steht wieder ein Referendum an, das sich jedoch nicht direkt um die Monarchie dreht. Die seit Herbst 2013 amtierende Koalitionsregierung aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen ruft die Luxemburger dazu auf, Änderungen am Wahlrecht vorzunehmen. Künftig sollen bereits 16-jährige abstimmen dürfen. Das aktive Wahlrecht soll auch für Nichtluxemburger gelten, die mindestens zehn Jahre im Land leben und bereits einmal an Kommunal- oder Wahlen zum Europäischen Parlament teilnahmen. Schließlich wird die Finanzierung der Religionsgemeinschaften geändert. Galt sie bisher fast ausschließlich der katholischen Kirche, soll sie künftig auch andere Glaubensgruppen (Protestanten, Muslime usw) zugute kommen. Ein Minister soll künftig höchstens zehn aufeinanderfolgende Jahre amtiert dürfen. Übertragen auf Deutschland würde das bedeuten, daß *Angela Merkel* in diesem Jahr ihren Abschied nehmen müßte, weil sie bereits zehn Jahre den Kanzlerstuhl besetzt.

Diese Fragen rühren nicht unmittelbar an der Stellung des Großherzogs, wengleich Kritiker der Monarchie anführen werden, warum man einen Minister nur zehn Jahre im Amt lassen solle und der Monarch regiere zeitlich unbegrenzt. Doch keine der vier großen Parteien Luxemburgs stellt die Monarchie als solche in Frage. Änderung an den Einflußmöglichkeiten des Staatsoberhauptes nahm das Parlament schon 2008 vor, als *Großherzog Henri* dem Euthanasiegesetz seine Billigung verweigerte ([Corona berichtete in Ausgabe 36](#)). Damals wurde Hals über Kopf eine Änderung von Artikel 34 der Verfassung in die Wege geleitet; außerdem verabschiedete das Parlament eine Resolution, mit der der zuständige parlamentarische Institutionenausschuß beauftragt wurde, die Befugnisse des Großherzogs bei der nächsten Verfassungsreform noch einmal zu überdenken. Der Entwurf, der im April 2009 vorlegt wurde, beschnitt die Befugnisse des Großherzogs deutlich. Der Staatsoberhaupt soll danach weiter Teil der Exekutive bleiben, aus der Judikative müsse er sich aber ganz heraushalten; seine Zuständigkeiten bei der Legislative sollen sich auf das Recht zur Auflösung des Parlaments beschränken, wozu es jedoch der Zustimmung der Regierung bedürfe. Damit eine Wiederholung der Verfassungskrise von 2008 ausgeschlossen wird, sieht die Vorlage Mechanismen für den Fall vor, daß „das Staatsoberhaupt seiner verfassungsrechtlichen Rolle nicht gerecht wird“, wie das die Parteien formulieren.

Dies wurde in den Entwurf der neuen Verfassung übernommen, der im März im Vorfeld des konsultativen Referendums auf der Internetseite der Abgeordnetenversammlung veröffentlicht wurde. Andere Passagen warfen die Verfassungsgeber hingegen wieder über Bord: Der Staatsoberhaupt wird auch künftig Gesetzestexte verkünden dürfen; auch soll er weiterhin die Richter und Staatsanwälte berufen und er darf wieder Beamte ernennen – eine Funktion, die im ursprünglichen Entwurf der Regierung vorbehalten war.

Wenn die Änderungen das Parlament passiert haben, wird das Volk in ein paar Jahren erneut um Zustimmung zur veränderten luxemburgischen Verfassung gebeten. Die Verteidiger der monarchischen Staatsform müssen deshalb im Vorfeld aktiv werden. Bei der reinen Ja-/Nein-Abfrage können die Motive der Ablehner bei ultramonarchistisch oder republikanisch liegen. Was sich zwischen diesen Polen bewegt, wird sich in einem Ja-Votum niederschlagen. H.S.



Anläßlich des [60. Geburtstags](#) von *Großherzog Henri* am 16. April veröffentlichte der großherzogliche Hof neue Photos, hier mit *Großherzogin Maria Teresa*. In der offiziellen Liste seiner Titel führt er nach dem des Großherzogs von Luxemburg auch den des Herzogs von Nassau. Zahlreiche Besuche in Deutschland zeigen die [Verbundenheit mit dem alten Herzogtum Nassau](#).

Königin Margrethe II. wurde 75



Nach den Mordanschlägen von Paris und [Kopenhagen](#) war mit großen Sicherheitsmaßnahmen zu rechnen, aber *Königin Margrethe II. von Dänemark* ließ es sich nicht nehmen, an ihrem 75. Geburtstag in einer offenen Pferdekutsche zusammen mit dem Kronprinzenpaar von Amalienborg durch die Straßen der Hauptstadt zum Kopenhagener Rathaus zu fahren. Hunderttausende säumten die Wege und jubelten der Monarchin zu. Seit 1972 herrscht sie über das Königreich und hat mit ihrer unkonventionellen Art die Untertanen immer auf ihrer Seite. Ihre frei gehaltenen Neujahrsansprachen sind mit niemandem abgesprochen und sind deshalb Straßenfeger. H.S.

Thronfolgeregelung im Sultanat Oman



Auch ein Prinz muß manchmal Wahlkampf für sich machen. *Prinz Ali bin al-Husseini von Jordanien* traf am 24. April *Papst Franziskus* und sprach mit ihm über die helfende Wirkung des Sports bei den Weltkrisen der Gegenwart. Der 39-jährige Halbbruder *König Abdullahs II.* will den skandalumwitterten FIFA-Chef *Sepp Blatter* [ablösen](#). Wie seine Chancen in dem Kampf um die höchsten Fußballlehren stehen, läßt sich noch nicht abschätzen.

Der Bürgerkrieg im Jemen hat Auswirkungen auf den östlich gelegenen Nachbarstaat Oman. Das war bereits vor 40 Jahren der Fall, denn in den 70er Jahren war Oman mit einer Rebellion in der an den Jemen grenzenden Region Dhofar konfrontiert. Erst 1975 konnte sie mit Hilfe iranischer Truppen, die *Schah Mohammed Resa Pahlavi* ins befreundete Sultanat entsandt hatte, niedergeschlagen werden. Der damals noch marxistisch dominierte Südjemen hatte die omanischen Rebellen ideologisch und logistisch unterstützt. Heute herrschen andere Kräfte im Jemen, beziehungsweise es herrscht eigentlich niemand, vielmehr gibt es ein Hauen und Stechen jeder gegen jeden und die saudischen Nachbarn kämpften bis Mitte letzter Woche durch Bombenabwürfe mit. Presseberichte sprachen davon, daß die Rebellen im Jemen vor Landesgrenzen nicht Halt machen würden und sich die kriegerischen Auseinandersetzungen nach Oman verlagern könnten. Ein Grund für die pessimistischen Prognosen ist der Umstand, daß die Regierungszeit von *Sultan Qabus* dem Ende zugeht. Der Monarch, der 1970 seinen Vater in einem unblutigen Palastputsch absetzte und der seither mit großer Um- und Weitsicht das Land regiert, wird am 18. November seinen 75. Geburtstag feiern. Er ist jedoch nicht mehr gesund. Das letzte halbe Jahr verbrachte er aus gesundheitlichen Gründen in Deutschland. Weder wurde sein Aufenthaltsort noch seine Krankheit genannt, ausländische Zeitungen mutmaßen jedoch eine Krebserkrankung. Seine Rückkehr vor wenigen Wochen war für die Omanis ein freudiges Ereignis, das mit Autokorsi und Freudenfesten begangen wurde. Aber all das kann den Umstand nicht ändern, daß nach 45-jähriger Regentschaft, die Zeit für

Sultan Qabus abläuft. Da der kinderlose Monarch der einzige Sohn von *Sultan Said ibn Taimur* und *Prinzessin Mazoon al-Mashani* war und er lediglich drei Schwestern hat, muß der Thron in der Familie an einen anderen männlichen Angehörigen der *Al Bu Sa'idi*-Dynastie gehen. Er selbst weigert sich, einen Nachfolger zu nominieren. Ein aussichtsreicher Thronkandidat könnte ein Sohn seines verstorbenen Onkels, *Prinz Tariq ibn Taimur Al-Said*, des ersten und einzigen Premierministers Omans, sein. Bereits 1996 hatte *Sultan Qabus* festgelegt, daß ein Familienrat innerhalb von drei Tagen nach seinem Tod einen Nachfolger bestellen soll. Gelingen es dem Familienrat nicht, sich auf einen neuen Sultan zu einigen, dann werde der nationale Verteidigungsrat einen Brief öffnen, in dem *Sultan Qabus* einen Nachfolger nenne. Wer dies sein könnte, liege in seinem freien

Erkennen. Einzige Bedingung sei, daß der benannte neue Monarch Muslim und legitimer Sohn omanischer Eltern ist. Theoretisch könnte dies sogar einer neuen Dynastie den Aufstieg zu den höchsten Ehren eröffnen. H.S.

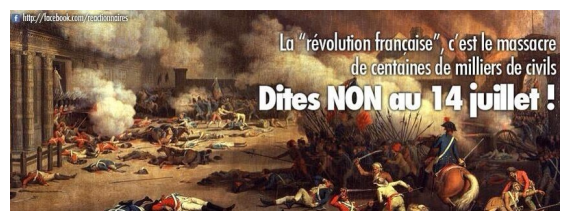


Vor fünf Jahren empfing Sultan Qabus Königin Elizabeth II. noch bei bester Gesundheit.

Die Republik der Gleichmacher

Die Gleichmacherei, die seit 225 Jahren in Frankreich mehr oder weniger rigoros regiert, bringt immer neue Blüten hervor. Die neueste Schulreform geht gegen „elitäre“ und „enzyklopädistische“ Unterrichtspläne vor. Der französischen Bildungsministerin *Najat Vallaud-Belkacem* mißfällt, wie bisher die zweite Fremdsprache in bilingualen Klassen erlernt wurde. Statt in sechs Wochenstunden soll eine zweite Fremdsprache künftig nur noch in zweieinhalb Stunden die Woche gelehrt werden. Das berührt in großem Maß Deutsch, aber auch Latein oder Italienisch. Auf die Proteste der Pädagogen gab die frühere Sprecherin des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten *François Hollande* an, es gehe ihr um mehr Chancengleichheit. Das Deutschangebot sei „zu elitär“. Es würde „nur von wohlhabenden Familien“ genutzt und verstärke damit die „soziale Segregation“. *Jürgen Ritte*, Germanistikprofessor an der Sorbonne, nannte dies in einem [Interview mit Deutschlandradio Kultur](#) „ein schamloses Argument“. Nun werde nach dem Motto verfahren, lieber alle gleich schlecht zu behandeln als einige gut. Auch den Geschichtsunterricht entrümpelt Madame

Vallaud-Belkacem. Vom christlichen Mittelalter sollen die französischen Schüler nichts mehr erfahren. Dieses Thema nannte sie „zu enzyklopädistisch“. Meint sie, daß dieses Wissen bei Wikipedia nachgeschlagen werden sollte? Laut *Ritte* zert die Ministerin den Streit auf ein ideologisches Feld. Damit haben die Republikaner in Frankreich Erfahrung. Schon *Clemenceau* sagte, die [Französische Revolution sei ein Block](#), entweder lehne man sie komplett ab oder man akzeptiere sie ohne Abstriche. Das macht es Royalisten einfach. H.S.



Die Französische Revolution, das sind Massaker an Hunderttausenden von Zivilisten. Sagt NEIN zum 14. Juli.

Michel Poniatowski:

Der große Vorteil der Monarchie ist, daß keiner sich anmaßen kann, den ersten Platz anzustreben.

Tage:

- 30. April 1915: Preußen gedenkt der 500-jährigen Herrschaft des Hauses Hohenzollern
- 3. Mai 1905 1905: *Herzog Albrecht von Bayern, de jure König von Bayern von 1955 - 1996
- 15. Mai 1945: *Dom Duarte Pio, Herzog von Braganza

Impressum:

Herausgeber: V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen *aller* Corona-Ausgaben: <https://coronachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 25. April 2015